

02	In eigener Sache	10	Personalnachrichten
02	Hochschulspiegel	11	Aus den Abteilungen
06	Fürsorge und Gesundheit	13	Weltoffene Hochschulen
07	Forschung	15	Veröffentlichungen
09	Veranstaltungen Vorschau		

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Austausch zwischen Hochschule, Praxis und Öffentlichkeit lebt davon, dass Informationen verlässlich, verständlich und zur richtigen Zeit ankommen. Gerade in einem dynamischen Umfeld ist es entscheidend, Entwicklungen nicht nur zu begleiten, sondern sie auch transparent zu machen und einzuordnen. Als Hochschule sehen wir es daher als unsere Aufgabe, relevante Themen aufzugreifen, Impulse zu geben und den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis aktiv zu fördern. Ganz unter diesem Zeichen steht auch wieder unser aktueller Newsletter. Erfahren Sie wie die jüngst gegründete Vereinigung für Polizeirecht die wissenschaftliche Behandlung polizeirechtlicher Fragen fördert, welche praktischen Ansätze ein aktuelles Forschungsprojekt für gendergerechtes Gesundheitsmanagement erarbeitet und wie Gedenkstätten als Lernorte die Verwaltungsbildung bereichern. Über diese und weitere spannende Themen lesen Sie in der vorliegenden Ausgabe.

Ein gelungener kommunikativer Austausch erfordert jedoch nicht nur thematische Vielfalt. Es gehört auch dazu, die eigenen Kommunikationswege regelmäßig zu hinterfragen und weiter-

zuentwickeln. Denn nur wenn Informationen die Menschen gut erreichen, können sie ihre Wirkung entfalten.

Auch unsere Newsletter-Redaktion hat sich deshalb für dieses Jahr eine Weiterentwicklung vorgenommen: „HSPV Aktuell“ wird zum Juni 2026 auf einen modernen HTML-Newsletter umgestellt. Das heißt, zukünftig können Sie direkt aus Ihrem Mail-Postfach heraus die verschiedenen Nachrichten zu unserer Hochschule anklicken und noch nutzerfreundlicher lesen. Besonders wichtig ist es mir zu betonen: Keine Inhalte gehen verloren. Sie werden auch weiterhin alle Nachrichten zum Hochschulleben, aus Lehre und Forschung sowie zu Veranstaltungen erhalten. Weitere Informationen zur Umstellung finden Sie in der aktuellen Ausgabe.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine anregende und informative Lektüre unseres Newsletters!

Ihre

Prof.'in Dr. Iris Wiesner

Vizepräsidentin der HSPV NRW

In eigener Sache

Newsletter in neuem Gewand

Aus „HSPV Aktuell“ wird „HSPV news“

Neue technische Standards eröffnen uns heute vielfältige Möglichkeiten, Inhalte zeitgemäß, zugänglicher und nutzerfreundlicher aufzubereiten. Dies nehmen wir zum Anlass, unser Angebot für die Leserinnen und Leser gezielt weiterzuentwickeln und spürbar zu verbessern. Ein zentraler Baustein dieser Weiterentwicklung ist die Einführung eines neuen Newscenters auf der Webseite als künftiges Zentrum unserer Kommunikation und Veröffentlichungen. Hier bündeln wir aktuelle Informationen dynamisch und barrierefrei an einem Ort. Beiträge können tagesaktuell veröffentlicht werden – unabhängig von klassischen Redaktionsschlüssen oder Satzterminen – und stehen damit jederzeit zeitnah und flexibel zur Verfügung.

Damit einher geht auch eine Neuauflage dieses Newsletters. Nach 17 Jahren „HSPV Aktuell“ erscheint im Mai 2026 die letzte Ausgabe im altbekannten PDF-Format. Die Abonnentinnen und Abonnenten können sich zukünftig auf einen zeitgemäßen HTML-Newsletter freuen, der (wie bisher auch) per E-Mail an alle registrierten Leserinnen und Leser verschickt wird. Er speist sich künftig aus den Inhalten des Newscenters und stellt eine kompakte, regelmäßig erscheinende Auswahl der neuesten Beiträge sowie der wichtigsten Informationen und Termine aus dem Hochschulalltag bereit. So bleiben unsere

Leserinnen und Leser kontinuierlich auf dem aktuellen Stand – übersichtlich, relevant und passgenau aufbereitet. Das Wichtigste: keine Inhalte oder Kategorien gehen verloren.

Flankiert wird diese Weiterentwicklung durch ein Facelift unserer Webseite. Ziel ist es, die Nutzerführung noch stärker an den Bedürfnissen der Anwenderinnen und Anwender auszurichten und den Zugang zu Informationen so einfach und intuitiv wie möglich zu gestalten. Die Optimierungen sorgen dafür, dass Inhalte schneller gefunden und effizienter genutzt werden können.

Wir freuen uns auf die neuen Formate und sind bemüht, unseren Leserinnen und Lesern, wie auch unseren Autorinnen und Autoren den Umstieg so reibungslos wie möglich zu gestalten. Bei Fragen wenden Sie sich gerne jederzeit an das Team der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

kommunikation@hspv.nrw.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Zentralverwaltung

Hochschulspiegel

Vereinigung für Polizeirecht gegründet

Im Polizeirecht tätige Wissenschaftler/innen und Praktiker/innen haben die Vereinigung für Polizeirecht (VPR) gegründet

Die VPR soll dem wissenschaftlichen Austausch zu Themen des Polizeirechts dienen. Sie will die wissenschaftliche Behandlung aller Fragen fördern, die das Polizeirecht betreffen. Inhaltlich geht es dabei um das allgemeine Gefahrenabwehrrecht, die Gebiete des Besonderen Polizeirechts (vor allem Versammlungsrecht, Waffenrecht und öffentliches Vereinsrecht) und das strafprozessuale Eingriffsrecht. Die Vereinigung wird dazu künftig eine Jahrestagung (Polizeirechtstagung) ausrichten und einen daran anknüpfenden Tagungsband herausgeben.

- Auf der Gründungsversammlung am 12. März 2026 wählen die Mitglieder Prof. Dr. Henning Schwier (Sächsische Hochschule der Polizei, Rothenburg), Prof. Dr. Dr. Markus Thiel (Deutsche Hochschule der Polizei, Münster) und Prof. Dr. Norbert Ullrich (HSPV NRW, Studienort Duisburg) zu gleichberechtigten Vorsitzenden.
- Der Beirat wird geleitet von Prof. Dr. Andreas Heusch (Präsident des Verwaltungsgerichts Düsseldorf).

- Aus dem universitären beziehungsweise aus dem Forschungsbereich gehören Prof. Dr. Christian von Coelln (Köln), Prof. Dr. Christoph Enders (Leipzig), Prof. Dr. Thomas Mann (Göttingen), Prof. Dr. Markus Möstl (Bayreuth), Prof. Dr. Ralf Poscher (Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität, Sicherheit und Recht, Freiburg) und Prof. Dr. Bettina Schöndorf-Haubold (Gießen) dem Beirat an.

- Die Fachhochschulen sind im Beirat vertreten durch Prof. Dr. Michael Bäuerle (Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit, Gießen), Prof. Dr. Frank Braun, Prof. Dr. Stefanie Haumer und Ltd. Polizeidirektor Dr. Christoph Keller (alle HSPV NRW, Studienort Münster), Prof. Dr. Jan Roggenkamp (Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin), Prof. Dr. Christoph Trurnit (Hochschule für Polizei, Villingen-Schwenningen) und Prof. Dr. Marc Wagner (Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Brühl).

- Die Rechtspraxis wird im Beirat repräsentiert durch Dr. Holger Habich (Leiter des Ordnungsamtes der Stadt Frankfurt am Main), VRiVGH Matthias Hettich (Verwaltungsgerichtshof Mannheim), VRiVG Andrea Houben (Verwaltungsgericht Düsseldorf), Staatsrat a.D. Dr. Michael Kniesel, Ltd. Ministerialrat Prof. Dr. Klaus Schönenbroicher (Innenministerium NRW), Rechtsanwalt Prof. a.D. Dr. Bernhard Weiner (Meppen) und Polizeidirektor Michael Wernthaler (Bereitschaftspolizeidirektion Bruchsal).

- Von Seiten der HSPV NRW sind zudem Polizeidirektor Sinan Eroglu LL.M. (Studienort Gelsenkirchen, Landesfachkoordinator für Eingriffsrecht und Mitglied des Senats) sowie Prof. Dr. Martin Klein, (Studienort Bielefeld, örtlicher Fachkoordinator für Staatsrecht und Mitglied des Senats) der VPR beigetreten.



© Chalabala - stock.adobe.com

Mitglied in der VPR kann werden, wer ein Studium mit juristischem Schwerpunkt abgeschlossen hat (insbesondere Rechtswissenschaft, Polizei- oder Verwaltungsstudium) und sich entweder wissenschaftlich haupt- oder nebenamtlich in der Lehre an einer Hochschule und / oder in der Forschung mit dem Polizeirecht befasst oder zum Dr. iur. promoviert wurde und hauptberuflich auf dem Gebiet des Polizeirechts tätig ist oder das zweite juristische Staatsexamen oder einen Master mit juristischem Schwerpunkt im Bereich Polizei oder Verwaltung erworben hat und hauptberuflich mit dem Polizeirecht intensiv befasst ist.

Prof. Dr. Norbert Ullrich
Studienort Duisburg

Nationale Verkehrssicherheitskonferenz 2026

Impulse aus Politik, Wissenschaft und Praxis treffen auf innovative Ansätze zur Unfallprävention

Die dritte Nationale Verkehrssicherheitskonferenz am 14. April 2026 im Bundesverkehrsministerium in Berlin hat ein klares Signal gesetzt: Verkehrssicherheit ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die nur gelingt, wenn Politik, Polizei, Kommunen, Wissenschaft und Infrastrukturbetreiber eng zusammenarbeiten.

Sicherheit ist Teamarbeit

Unter dem Motto „830.000 Kilometer Verantwortung – Gemeinsam für sichere Straßen“ kamen rund 300 Fachleute aus

Bund, Ländern, Kommunen, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammen, um zentrale Risiken, wirksame Maßnahmen und neue technische Lösungen zu diskutieren. Im Mittelpunkt stand das Leitbild der „Vision Zero“ – also das Ziel, schwere Unfälle und Verkehrstote konsequent zu reduzieren.

Gerade für Hochschulen mit verkehrs-, sicherheits- und verwaltungsbezogenen Studiengängen bot die Konferenz wichtige Impulse: Sie zeigte, wo gesicherte Erkenntnisse vorliegen,

wo Umsetzungslücken bestehen und welche Rolle qualifizierte Fachkräfte künftig spielen.

Risiko Landstraßen

Ein Schwerpunkt lag auf Landstraßen – einem Bereich, in dem besonders schwere Unfälle auftreten. Deutlich wurde: Viele Risiken lassen sich durch kluge Planung, konsequente Analysen und präventives Handeln sowie die polizeiliche Verkehrsüberwachung wirksam reduzieren.

Die Bundesanstalt für Straßen- und Verkehrswesen (BASt) stellte praxisnahe Lösungen zur Absicherung gefährlicher Seitenräume vor – etwa dort, wo Bäume oder andere Hindernisse dicht an der Fahrbahn stehen. Ziel ist es, Schutzmaßnahmen schneller und zugleich standortgerecht umzusetzen. Wie wirksam datenbasierte Infrastrukturmaßnahmen sind, zeigte Bayern am Beispiel der Motorradsicherheit: Die systematische Analyse von Unfallhäufungen, die Sanierung gefährlicher Kurven, optimierte Richtungstafeln und verbesserte Schutzeinrichtungen senken Unfallfolgen nachweislich.

Auch sichere Querungen für den Radverkehr an Landstraßen standen im Fokus. Die Botschaft: Gute Verkehrssicherheit beginnt in der Planung – durch frühzeitige Abstimmung, regelkonforme Gestaltung und klare Zuständigkeiten.

Polizei und Prävention

Die Konferenz machte deutlich, dass Verkehrssicherheit weit mehr ist als Straßenbau. Entscheidend sind auch wirksame Prävention, regelkonforme Verkehrsüberwachung und schnelles Reagieren auf Gefahrenlagen.



Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder eröffnete die Verkehrssicherheitskonferenz 2026 in Berlin (Bild: DVR/Daniela Stanek)

Gerade Polizei und Verkehrsbehörden spielen dabei eine Schlüsselrolle: Sie erkennen Unfallmuster, sichern Gefahrenstellen, begleiten Maßnahmen vor Ort und sorgen dafür, dass Regeln ihre Schutzwirkung entfalten. Die Diskussionen zeigten, wie wichtig eine enge Verzahnung von Unfallanalyse, Verkehrsrecht, Infrastrukturplanung und Verkehrsaufklärung ist.



Teilnehmende im Erich-Klausener-Saal bei der Verkehrssicherheitskonferenz 2026 (Bild: DVR/Daniela Stanek)

Auch die kommunale Ebene sendete ein klares Signal: Da der überwiegende Teil des Straßennetzes in lokaler Verantwortung liegt, braucht es vor Ort mehr Handlungsspielraum, verlässliche Ressourcen und gut ausgebildete Fachkräfte. Schulwegsicherheit, Unfallprävention und sichere Mobilitätsräume sind ohne starke kommunale und polizeiliche Strukturen nicht denkbar.

Digitalisierung eröffnet neue Chancen

Ein weiterer zentraler Befund: Digitale Vernetzung kann die Verkehrssicherheit spürbar verbessern – gerade in zeitkritischen Situationen.

Im Fokus standen kooperative intelligente Verkehrssysteme (C-ITS), die Fahrzeuge, Infrastruktur und Verkehrsmanagement miteinander vernetzen. Am Beispiel digitaler Baustellenwarnsysteme wurde deutlich, welches Potenzial in Echtzeitwarnungen steckt: Gefahrenhinweise können innerhalb von Millisekunden an Fahrzeuge übermittelt werden – ein erheblicher Sicherheitsgewinn für Verkehrsteilnehmende, Einsatzkräfte und Absicherungspersonal.

Zugleich wurde betont: Technik entfaltet ihre Wirkung nur dann, wenn Standards, Schnittstellen, Datenqualität und



Partnerinnen und Partner der Initiative #mehrAchtung mit Minister Schnieder beim gemeinsamen Gruppenfoto (Bild: DVR/Daniela Stanek)

Verantwortlichkeiten stimmen. Besonders wichtig ist, digitale Sicherheitslösungen künftig stärker auch auf den Rad- und Fußverkehr auszurichten.

Wissen schneller in die Praxis bringen

Eine der wichtigsten Erkenntnisse der Konferenz lautet: Viele wirksame Instrumente für mehr Verkehrssicherheit sind vorhanden – sie müssen schneller, konsequenter und flächendeckender umgesetzt werden.

Genau hier kommt Hochschulen eine zentrale Rolle zu. Sie qualifizieren die Fachkräfte von morgen für Polizei, Verwaltung, Verkehrsplanung und Infrastrukturmanagement. Zugleich schaffen sie den Rahmen, um Forschungsergebnisse in die Praxis zu übertragen, Maßnahmen zu evaluieren und interdisziplinäre Lösungen zu entwickeln.

Ergänzend unterstrich die bundesweite Verkehrssicherheitsinitiative #mehrAchtung, wie wichtig kontinuierliche Aufklärung, starke Partnerschaften und sichtbare Präventionsarbeit sind, um rücksichtsvolles Verhalten im Straßenverkehr dauerhaft zu stärken.

Die Nationale Verkehrssicherheitskonferenz hat damit nicht nur politische Handlungsfelder benannt. Sie hat vor allem gezeigt: Sichere Mobilität entsteht dort, wo Wissen, Verantwortung und praktische Umsetzung konsequent zusammen gedacht werden. Auch für die HSPV NRW ist das ein klarer Auftrag – und eine Chance, die Verkehrssicherheit aktiv mitzugestalten.

Peter Schlanstein
Studienort Münster

Fürsorge und Gesundheit

Tipps zur Medienerziehung

Empfohlene Medienzeiten für Kinder

Medienerziehung funktioniert am besten, wenn Eltern und Kinder gemeinsam die digitale Welt erkunden. Durch aktive Begleitung können Eltern die Interessen ihrer Kinder kennenlernen, geeignete Verhaltensweisen erproben und Risiken durch technische Schutzmaßnahmen minimieren. Offene Gespräche über Online-Erlebnisse und klare Regeln schaffen eine solide Grundlage für eine gesunde Mediennutzung.

Empfohlene Medienzeiten

- Kindergartenalter: 0 Stunden
- 1. bis 4. Klasse: maximal 2 bis 4 Stunden pro Woche
- 5. bis 6. Klasse: maximal 4 bis 6 Stunden pro Woche
- ab der 7. Klasse: maximal 6 bis 9 Stunden pro Woche

Positiv bewertet sind digitale Bewegungsspiele, Musik, Hörbücher und Podcasts. Dagegen werden Apps wie Snapchat, WhatsApp, YouTube, TikTok oder Instagram eher kritisch gesehen.

Tipps für cleveren Medienkonsum

- Eigenes Smartphone für Kinder erst ab zwölf Jahren.
- Benachrichtigungen von Apps und Spielen ausstellen.
- Gemeinsame Offline-Zeiten in der Familie einrichten (zum Beispiel bei Mahlzeiten).
- Eine Stunde vor dem Schlafengehen alle Geräte ausschalten und aus dem Kinderzimmer entfernen.
- Handys nicht als Wecker benutzen.



© kerkezz - stock.adobe.com

- Zeit, die man inaktiv vor Maschinen sitzt, durch Bewegung ausgleichen.
- Freunde treffen und die Handys dabei ausschalten.
- Wenn Medienkonsum, dann besser zusammen: Serien zusammen schauen, Spiele zusammen spielen.
- Nicht täglich konsumieren/spielen (erhöht die Suchtgefahr).

Die Informationen stammen von der Website <https://www.klicksafe.de/>

Daniel Belavic
Zentralverwaltung

Forschung

Ombudspersonen an der HSPV NRW

Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis

Prof. Dr. Binke Hamdan, Prof. Dr. Jonas Grutzpalk, Dr. Torsten Huschbeck und Prof. Dr. Andrea Walter haben kürzlich gemeinsam an einem zweitägigen Einführungsworkshop für Ombudspersonen in Siegburg teilgenommen, der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) angeboten wurde. Das Amt der Ombudspersonen an der HSPV NRW ist mit der Verabschiedung des „Kodex: Leitlinien zur Sicherung guter wissenschaftlicher Arbeit“ geschaffen worden. Damit ist unsere Hochschule der Verpflichtung zur Wahrung guter wissenschaftlicher Praxis nachgekommen, was von vielen renommierten Fördermittelgebern, wie der DFG oder einigen Bundesministerien, explizit eingefordert wird.

Was beinhaltet der Kodex gute wissenschaftliche Praxis der HSPV NRW?

Nach diesem Kodex sollen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Forschung und Lehre *lege artis* arbeiten, strikte Ehrlichkeit wahren, alle Ergebnisse konsequent selbst anzweifeln und einen kritischen Diskurs fördern. Forschende an der HSPV NRW tragen im Rahmen ihres Berufsethos Verantwortung dafür, die grundlegenden Werte und Normen wissenschaftlichen Arbeitens in ihrem Handeln zu verwirklichen und für sie einzustehen. Die Vermittlung der Grundlagen guten wissenschaftlichen Arbeitens beginnt dabei zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt in der akademischen Lehre und wissenschaftlichen Ausbildung. Die Aufgabe des Präsidiums der HSPV NRW ist es wiederum, geeignete Rahmenbedingungen (Ressourcen, klare Verfahren, Karriereförderung) für gute Forschung zu schaffen. Der Kodex definiert zudem Standards für die Themen Forschungsdesign, Dokumentation, Autorenschaft und Archivierung von Daten.

Was ist nun konkrete Aufgabe der Ombudspersonen?

Die vier Ombudspersonen bilden an der HSPV NRW die zentrale Anlaufstelle für alle Mitglieder und Angehörigen der Hochschule in Fragen guter wissenschaftlicher Praxis. Gleichzeitig bieten sie eine vertrauensvolle Begleitung in Konfliktsituationen an. Als unabhängige und unparteiische Ansprechpersonen beraten sie Forschende und Hochschulangehörige, klären über Standards auf und unterstützen dabei, faire und tragfähige Lösungen zu finden. Sie vermitteln bei Unstimmigkeiten und tragen aktiv dazu bei, wissenschaftliche Integrität zu stärken und eine offene, verantwortungsvolle Forschungskultur zu fördern.



Die Ombudspersonen der HSPV NRW (v.l.n.r.): Prof. Dr. Jonas Grutzpalk, Prof. Dr. Andrea Walter, Dr. Torsten Huschbeck und Prof. Dr. Binke Hamdan (Bild: Anke Kautz/DFG)

„Jeder kann sich an uns wenden, der sich in Fragen guter wissenschaftlicher Praxis beraten lassen möchte. Uns ist es wichtig, nicht erst im Konfliktfall als Ansprechpersonen ins Blickfeld zu geraten“, sind sich die vier einig.

Was könnten mögliche Anlässe für eine Beratung sein?

Wissenschaftlich Beschäftigte in Drittmittelprojekten oder HSPV-Forschende, die miteinander oder mit externen Forschenden kooperieren, können sich an Ombudspersonen wenden, wenn sie beispielsweise unsicher sind, ob korrekt mit den erhobenen Daten im Forschungsprojekt umgegangen wird. Auch Konflikte innerhalb eines gemeinsamen Forschungsprojekts, etwa um die Autorenschaft, können einen Anlass bilden.

Wie sind die einzelnen Ombudspersonen zu erreichen?

Die Ombudspersonen der HSPV NRW sind unter der Funktionsadresse ombudspersonen@hspv.nrw.de oder wahlweise über die individuellen HSPV-E-Mail-Adressen zu erreichen.

Weitere Informationen stehen auf der Website der HSPV NRW zur Verfügung.

Prof. Dr. Binke Hamdan
Studienort Köln

Gendergerechtes Gesundheitsmanagement

Am Forschungszentrum des Instituts für Personal und Management der HSPV NRW wurde von Prof. Dr. Barbara Neubach ein Forschungsprojekt zum Thema „Genderspezifische Gesundheit - Gendergerechtes Gesundheitsmanagement“ durchgeführt

Ziel des Projekts war es, praxisnahe Ansätze für eine bedarfsgerechte Gestaltung von Gesundheitsmaßnahmen für alle Beschäftigten zu entwickeln. Auf diese Weise sollen sowohl die Qualität als auch die Nachhaltigkeit von Gesundheitsangeboten verbessert werden. Gleichzeitig lässt sich so gesundheitliche Gerechtigkeit im Arbeitsumfeld verbessern – etwa indem Rollenerwartungen hinterfragt, Diversität sichtbar gemacht und geschlechtsspezifische Bedürfnisse berücksichtigt werden.

Es gilt inzwischen als gut belegt, dass Gesundheit und Krankheit maßgeblich durch das Geschlecht beeinflusst werden. Dieses Wissen ist auch für die Prävention und die betriebliche Gesundheitsförderung relevant – etwa im Hinblick auf geschlechtsspezifische Belastungen am Arbeitsplatz, Unterschiede im Gesundheitsverhalten oder ungleichen Zugang zu Vorsorgeangeboten.

Ansatzpunkte für BGM-Maßnahmen ergeben sich beispielsweise aus unterschiedlichen Stressverarbeitungsmustern, die in der Forschung mit den Begriffen „fight-or-flight“ und „tend-and-befriend“ beschrieben werden. Diese stehen vereinfacht für eher individualisierte beziehungsweise stärker sozial ausgerichtete Bewältigungsstrategien und werden in

der Forschung unter anderem mit geschlechtsspezifischen Unterschieden in Verbindung gebracht. Entsprechend können Angebote gestaltet werden, die beide Formen der Stressbewältigung berücksichtigen – etwa durch eine Kombination aus aktivitätsbasierten Programmen, handlungs- und reflexionsorientierten Kommunikationsformaten sowie psychosozialer Unterstützung.

Ein weiteres Handlungsfeld ist der Umgang mit Belastungen im Homeoffice. Um diese zu reduzieren, kann die Kommunikation unter den Beschäftigten gestärkt werden. Denkbar sind beispielsweise moderierte Peer-Gruppen für berufstätige Mütter und Väter im Homeoffice, die ähnliche Herausforderungen teilen. Ein weiterer Ansatzpunkt ist der Aufbau von Netzwerken in digitalen Arbeitsumgebungen für Frauen, um Empowerment, Mentoring und Karriereförderung zu unterstützen.

Diese und weitere Ergebnisse und Empfehlungen wurden veröffentlicht: Neubach, Barbara (2025). Genderspezifische Gesundheit. Betriebliche Prävention, 137, 536-541.

Prof. Dr. Barbara Neubach

Studienorte Gelsenkirchen und Herne

Veranstaltungen Vorschau

Weiterbildung Intern

Die Veranstaltungen für das Jahr 2026 stehen nach erfolgreicher Anmeldung im internen Bereich der Homepage der HSPV NRW zur Verfügung (Zugriff nur für hauptamtlich Lehrende, Lehrbeauftragte und Verwaltungsangehörige).

Mai 2026

18./19.05.2026	TSK 2	QUA-LiS NRW, Soest
19.05.2026	Videobox kennenlernen	HSPV NRW, Studienort Köln
20.05.2026	Videobox kennenlernen	HSPV NRW, Studienort Gelsenkirchen
28.05.2026	Lehre für Demokratie	HSPV NRW, Zentralverwaltung

Juni 2026

01./02.06.2026	TSK 3 (AV/R)	QUA-LiS NRW, Soest
02.06.2026	Diversität was nun?	online
03.06.2026	Unconscious Bias in der Lehre	online
10.06.2026	Selbstreguliertes Lernen in Studium und Lehre	HSPV NRW, Zentralverwaltung
23.06.2026	LFAK Berufsrollenreflexion	FAH, Herne

Juli 2026

01.07.2026	Lehrebox Live: Lehrmethoden	online
08.07.2026	Lehrveranstaltungsplanung mit ChatGPT	online
14.07.2026	LehrImpuls intensiv	online

September 2026

24.09.2026	Visible Learning & Teaching	online
------------	-----------------------------	--------

Oktober 2026

01.10 - 31.10.2026	Gruppenarbeiten in ILIAS: Materialien für die Gruppenarbeit finden (OER) (Modul 4)	online
--------------------	--	--------

November 2026

01.11. – 30.11.2026	Gruppenarbeiten in ILIAS: Gruppenarbeiten planen (Modul 5)	online
24.11.2026	Der Weg zum besseren Gedächtnis	online
26.11.2026	Critical Thinking	online

Kontakt

weiterbildung-intern@hspv.nrw.de

Anmeldung zum Veranstaltungsticker!

Der hochschuldidaktische Veranstaltungsticker richtet sich an alle Lehrenden der HSPV NRW, die über freie (Rest-)Plätze in den Fortbildungsveranstaltungen der internen Weiterbildung per E-Mail auf dem Laufenden gehalten werden möchten.

Didaktik@home

Mit Didaktik@home erhalten Sie hochschuldidaktische Impulse zu Themen wie Digitalisierung, Diversität und Demokratisierung in der Lehre – in kurzen, anschaulichen Einheiten, die jederzeit und ortsunabhängig über ILIAS abrufbar sind.

ILIAS-Kursumgebung

Personalnachrichten

Herzlich willkommen an der HSPV NRW

Aus der Verwaltung / Einstellungen

- Adrian Schröder und Thorsten Kröger sind seit dem 1. April 2026 im Dezernat 23.3 „Server, Clients und Fachanwendungen“ tätig.
- Armin Djuheric hat am 1. April 2026 seine Tätigkeit am Studienort Köln aufgenommen.



Am 20. März 2026 habe ich meinen Dienst im Prüfungsamt der HSPV NRW aufgenommen und freue mich über die Gelegenheit, mich Ihnen beziehungsweise Euch kurz vorzustellen.

Mein Name ist Alexandra Kühn, ich bin 27 Jahre alt und komme aus Gelsenkirchen. Vor meinem Wechsel an die HSPV NRW war ich als Dozentin für Bilanzsteuerrecht an der Hochschule für Finanzen NRW tätig und habe parallel den „Master of Public Management“ (MPM) an der HSPV NRW absolviert. Ich freue mich auf meine neue Tätigkeit und die Zusammenarbeit an der Hochschule!

Alexandra Kühn
Zentralverwaltung



Ich bin seit dem 1. April 2026 als Hausmeister am HSPV-Studienort Köln tätig und möchte mich hiermit kurz vorstellen.

Geboren bin ich 1971 in Köln im Severinsklösterchen. Meine Mutter ist Kölnerin und Einzelhandelskauffrau, mein Vater stammte aus Bosnien-Herzegowina und war Techniker für das Verkehrswesen. In den 80er Jahren haben wir in Bosnien-Herzegowina gelebt, wo ich auch die Schule und eine Ausbildung zum Maschinenbautechniker absolviert habe.

1991/1992 sind wir wieder nach Köln gezogen und ich habe angefangen in der Heizung-Sanitär-Branche zu arbeiten. Im Jahr 2000 habe ich an der Innung für Sanitär Heizung Klima in Köln eine außerbetriebliche Prüfung zum Gas- und Wasserinstallateur gemacht, später habe ich mich regelmäßig an der Innung fortgebildet.

In den letzten acht Jahren habe ich bei Holiday Inn Express – Köln Mülheim als Haustechniker gearbeitet. Meine Hobbys sind Wassersport, Skifahren und Reisen.

Ich freue mich auf die Arbeit im Öffentlichen Dienst bei der HSPV NRW und auf eine gute Zusammenarbeit!

Armin Djuheric

Studienort Köln

Aus den Abteilungen

BI Qualitätsmanagement rettet Leben

Einblicke in den Rettungsdienst des Kreises Paderborn

Wie entscheidend Qualitätsmanagement im Ernstfall ist, konnten 22 Studierende der HSPV NRW bei einer Exkursion zur Kreiswehrfeuerwehrzentrale Paderborn eindrucksvoll erleben. Der Besuch bildete den Abschluss des Wahlpflichtmoduls „Qualitätsmanagement“ am Studienort Bielefeld.

Empfangen wurde die Gruppe vom stellvertretenden Leiter des Amtes für Bevölkerungsschutz Tobias Starke, dem Leiter des Rettungsdienstes Dominik Sicken, dem Qualitätsmanagementbeauftragten Dominic Arbeiter sowie dem Leiter der Kreisleitstelle Jens Janzen.



HSPV-Studierende der Abteilung Bielefeld zu Gast bei der Kreisfeuerwehrzentrale Paderborn. Vom Amt für Bevölkerungsschutz (v. l. n. r.): Dominic Arbeiter (Qualitätsmanagementbeauftragter), Tobias Starke (stellvertretender Amtsleiter) und Dominik Sicken (Leiter des Rettungsdienstes) (Bild: Jens Kamp)

2008 ist das Qualitätsmanagementsystem nach DIN ISO 9001 zertifiziert und wird regelmäßig durch externe Audits überprüft. Diese konsequente, freiwillige Qualitätssicherung sowie die kontinuierliche Weiterentwicklung von Prozessen und Strukturen machen den Kreis beispielhaft in diesem Bereich.

Vor Ort erhielten die Studierenden zunächst einen fundierten Überblick über das Qualitätsmanagementsystem. Anschließend konnten sie einen Rettungswagen besichtigen und sich die standardisierte Ausstattung im Detail erläutern lassen. Alle Fahrzeuge sind einheitlich

ausgestattet und jederzeit austauschbar. Einsatzkräfte finden somit unabhängig vom Fahrzeug und dessen Standort identische Bedingungen vor – ein zentraler Faktor für sichere und

Der Rettungsdienst des Kreises Paderborn hat sich schon früh mit dem Thema Qualitätsmanagement befasst. Bereits seit

effiziente Abläufe. Auch Wartung, Bestückung und der Einsatz technischer Geräte folgen klaren Qualitätsvorgaben.

Ein weiteres Highlight der Exkursion war die Möglichkeit, die Arbeit der Leitstelle für Feuerwehr und Rettungsdienst im Kreis Paderborn live zu erleben. Dort zeigt sich Qualitätsmanagement ebenso deutlich. Standardisierte Abläufe, strukturierte Abfragen und digitale Systeme sorgen dafür, dass Notrufe schnell und präzise bearbeitet werden. Standorte können im Einsatzfall genau bestimmt und alle relevanten Daten unmittelbar weiterverarbeitet werden – vollständig digital und ohne Medienbrüche.

Auch wurden Einblicke in das wegweisende Pilotprojekt „Telenotarzt“ gegeben, das gemeinsam mit der Feuerwehr Bielefeld für die Region Ostwestfalen-Lippe umgesetzt wird. Dabei arbeitet ein Notarzt an einem Computer-Arbeitsplatz in der Leitstelle und kann auf Knopfdruck jederzeit durch die Einsatzkräfte des Rettungsdienstes erreicht werden.

Die Qualität wird im Rettungsdienst des Kreises Paderborn konsequent weiterentwickelt: Mitarbeitende bringen über ein Vorschlagswesen eigene Ideen ein, Rückmeldungen aus der Bürgerschaft werden systematisch ausgewertet.

Die Exkursion machte deutlich: Qualitätsmanagement ist weit mehr als Dokumentation – es ist eine praktisch umzusetzende Voraussetzung dafür, dass im Rettungsdienst schnell und zuverlässig geholfen werden kann. Die hier gelebten Prinzipien – Standardisierung, kontinuierliche Verbesserung und konsequente Nutzung digitaler Prozesse – lassen sich auf viele weitere Bereiche der öffentlichen Verwaltung übertragen und können auch dort einen wichtigen Beitrag zu leistungsfähigen und bürgerorientierten Abläufen leisten.

Jens Kamp

Studienort Bielefeld

DO Politikwissenschaft praktisch: Vom „O-Ton“ zur Nachricht

Radiojournalistin Denise Rüscher zu Gast in Dortmunder Polizeikurs zum Thema Medien und Polizeiarbeit

Wie kommt die Nachricht ins Radio und warum ist das auch für die Arbeit der Polizei wichtig? Diese Frage war der willkommenen Anlass, die Radiojournalistin Denise Rüscher als Gast in den Kurs DO P25/06 einzuladen.

Dozent Christoph Koerdt lehrt am Studienort Dortmund unter anderem das Fach Politikwissenschaft im Modul GS 1 „Die Polizei in Staat und Gesellschaft“. Zu dem Teilmodul gehört curricular auch die Vermittlung des Themas „Medien und Politik“. In medialen Zeiten von „Fake News“ und KI-generierten Inhalten, aber auch einem bisweilen Spannungsverhältnis zwischen Medienberichterstattung und polizeilicher Arbeit, erschien ein praxisorientierter Einblick in die tagtägliche journalistische Arbeit am Beispiel des Lokalradios im Rahmen der Lehrveranstaltung passend.

Denise Rüscher war über zehn Jahre für das Hellweg Radio als Nachrichtenredakteurin tätig. Als im Kreis Soest allseits bekannte Stimme moderierte sie die Morgen- und Mittagsnachrichten, zusätzlich arbeitet sie an Wochenenden in gleicher Funktion für das Radio MK und ist somit auch im Märkischen Kreis hörbar. Zugleich moderiert Denise Rüscher zahlreiche Veranstaltungen im Sendegebiet, darunter im vergangenen Jahr das 50-jährige Jubiläum der Stadt Erwitte.

Die Mendenerin skizzierte den angehenden Polizeibeamtin-



Radiojournalistin Denise Rüscher am Studienort Dortmund (Bild: HSPV NRW)

nen und -beamten in den 90 Seminarminuten den „Weg der Nachricht“ vom Ereignis bis hin zur Verkündung als News im Radio, zeigte praktisch den Schnitt von authentischen „O-Tönen“ zu nutzbaren Hörbeiträgen „on Air“ und erklärte dabei den Studierenden im Grundstudium die Bedeutung der konstruktiven Zusammenarbeit von Medien und Einsatzkräften wie der Polizei und der Feuerwehr, aber auch Pressestellen von Behörden – mit dem Ziel, Bewusstsein und Verständnis für die jeweiligen Rollen und deren Arbeitsabläufe zu schaffen. Christoph Koerdt bedankte sich im Namen des Kurses für den hörbaren Exkurs.

Christoph Koerdt
Studienort Dortmund

Weltoffene Hochschulen

Lernort Gedenkstätte in der Verwaltungsausbildung

Ein Lehrformat macht sichtbar, wie historische Aufarbeitung Verwaltungshandeln prägt

Am 20. März 2026 besuchten Studierende des Bachelorstudiengangs „Staatlicher Verwaltungsdienst“ der HSPV NRW (Studienort Duisburg) im Rahmen des Studienmoduls „Interkulturelle Kompetenz“ die Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf. Die Exkursion war inhaltlich in die Auseinandersetzung mit Antidiskriminierung, die Reflexion struktureller Ungleichheiten sowie die Verantwortung staatlicher Institutionen eingebettet und wurde gezielt mit einem praxisnahen Lernort verbunden. Ziel war es, historische Perspektiven auf Diskriminierung – auch durch lokalbiografische Einblicke – nachzuvollziehen und sie mit den Anforderungen an eine reflektierte und verantwortungsbewusste Verwaltungspraxis zu verbinden.

Im Mittelpunkt stand die Wanderausstellung „gefährdet.leben. Queeres Leben ab den 1920er Jahren“ der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld, die in Düsseldorf aktuell durch den lokalgeschichtlichen Beitrag „Queeres Leben in Düsseldorf. Von den Goldenen Zwanzigern bis 1945“ ergänzt wird. Kuratiert wurde die Ausstellung von Historikerin Astrid Hirsch-von Borries, welche die Führung selbst durchführte. Die dargestellten Perspektiven wurden von der Künstlerin Saskia Holte um die Installation „Zwang und Zeichen“ erweitert, wodurch zusätzlich ein künstlerischer Zugang zu individuellen Erfahrungen von Ausgrenzung und Verfolgung geschaffen wird.



Historische Perspektiven auf Diskriminierung

Die Ausstellung führt eindrücklich vor Augen, dass queere Lebensrealitäten bereits in den 1920er Jahren im öffentlichen Leben präsent waren, zugleich jedoch massiven gesellschaftlichen und staatlichen Repressionen ausgesetzt wurden. Anhand von Biografien und historischen Dokumenten wird nachvollziehbar, wie Diskriminierung nicht nur auf gesellschaftlicher Ebene wirkte, sondern auch zunehmend politisch und institutionell verankert war. Verwaltung fungierte dabei nicht als neutraler Rahmen, sondern als Teil jener Strukturen, die Ausgrenzung ermöglichten und stabilisierten.

Gemeinsame Reflexion im Kontext der Hochschullehre

Die dargestellten Lebensgeschichten bildeten den Ausgangspunkt für die anschließende gemeinsame Reflexion im Rahmen des Moduls „Interkulturelle Kompetenz“ und für das Thema Antidiskriminierungsarbeit. Im Zentrum standen Fragen nach Kontinuitäten von Diskriminierungsmechanis-



Duisburger Studierende zu Gast in der Landeshauptstadt
(Bild: Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf)

men, deren juristischer und gesellschaftlicher Aufarbeitung sowie der daraus erwachsenden Verantwortung staatlicher Institutionen. Deutlich wurde dabei auch, dass strukturelle Diskriminierung häufig in Routinen, Verfahren und Prozesse eingebettet ist und diese gerade deshalb regelmäßig einer bewussten, kritischen Auseinandersetzung bedürfen.

Im Kontext des Netzwerks „Weltoffene Hochschulen“ wird dieser Ansatz, historische Diskriminierungsformen aufzuarbeiten, um gegenwärtige zu begreifen, als zentral verstanden für die Förderung und Ausbildung einer wertschätzenden demokratischen Verwaltung: Hochschulen sind nicht nur Orte der Wissensvermittlung, sondern Räume, in denen historische Aufarbeitung, gesellschaftliche Verantwortung und praxisorientierte Ausbildung vernetzt werden. Die Exkursion zeigt exemplarisch, wie solche Lernräume durch die Verbindung von Forschung und Praxisbezug konkret gestaltet werden können. Derartige Lernformate knüpfen somit zugleich

an zentrale Fragestellungen an wie etwa hinsichtlich der Bedeutung demokratischer Resilienz und der Rolle einer diversitätssensiblen Organisationsentwicklung im öffentlichen Dienst.

Verwaltung zwischen Neutralität und Verantwortung

Gleichzeitig wird die wichtige Frage nach der Umsetzung von Neutralität beleuchtet. Die Exkursion zeigt, dass Neutralität in der öffentlichen Verwaltung nicht als formales Prinzip stehen bleiben darf, sondern erst durch die bewusste Auseinandersetzung mit demokratischen Werten mit Leben gefüllt und im Handeln wirksam wird.

Zusammen reflektierten die Studierenden sowohl in der gemeinsamen Diskussion vor Ort als auch im anschließenden Unterricht über die Bedeutung, diskriminierungssensibel zu handeln, eigene Vorannahmen und Stereotype zu reflektieren und die Wahrung von Grundrechten aktiv mitzudenken. Verwaltung übernimmt damit eine zentrale Rolle bei der Umsetzung von Gleichbehandlung und bei der Sicherung demokratischer Werte, die nie als selbstverständlich betrachtet werden dürfen, sondern aktiv für alle Menschen gewährleistet werden müssen.

Fazit

Die Verbindung von historischer Aufarbeitung, wissenschaftlicher Reflexion und praxisorientierter Ausbildung eröffnet Räume, in denen Studierende ihre zukünftige Rolle in der Verwaltung kritisch hinterfragen und aktiv gestalten können. Insbesondere die Auseinandersetzung mit historischen Diskriminierungserfahrungen ist dabei keine rückwärtsgewandte Aufgabe, sondern eine zentrale Voraussetzung für eine offene, demokratische und diskriminierungssensible Verwaltung und damit ein Kernbestandteil eines zeitgemäßen demokratischen mehrperspektivischen Verwaltungshandelns.

Christiane Pflug-Schimmel

(M.A. Politisch-Historische Studien)

Dozentin für Interkulturelle Kompetenz, stv. Gleichstellungs-/ Integrationsbeauftragte der Bezirksregierung Düsseldorf und Mitglied im Netzwerk „Weltoffene Hochschulen“

Veröffentlichungen

Evaluation von Studium und Lehre ko-kreativ gestalten

Neuer Sammelband erschienen

Ein wesentliches Merkmal der Grundidee von Ko-Kreation besteht darin, dass Akteurinnen und Akteure ihre unterschiedlichen Kompetenzen, Denkansätze und Perspektiven in einen Gestaltungs- oder Entwicklungsprozess einbringen und auf diese Weise eine höhere Ausschöpfung von Innovationspotenzialen erzielen. Ihre Ursprünge lassen sich bis in Management-Ansätze der 1970er Jahre zurückverfolgen. Im Hochschulkontext hingegen stellen ko-kreative Ansätze und Methoden ein vergleichsweise junges und wenig verbreitetes Phänomen dar. Der Arbeitskreis Evaluation der Hochschulen für angewandte Wissenschaften Nordrhein-Westfalen ging mit seiner Jahrestagung 2024 der Frage nach, welche Bezüge die Idee der Ko-Kreation zur Evaluation von Studium und Lehre aufweist und worin ihr Wert für die hochschulische Qualitätsentwicklung besteht.

Das Buch „Evaluation von Studium und Lehre ko-kreativ gestalten“ dokumentiert die Beiträge und Diskussionsgegenstände der Jahrestagung. Zur Einführung in den Themenkomplex geben die Herausgeberinnen und Herausgeber einen Überblick über die Prinzipien des Ko-Kreationsgedankens sowie über dessen Theorie- und Anwendungsbezüge. Sie führen hierbei aus, in welcher Form ko-kreative Konzepte und Methoden in Lehr-, Curriculums- und Organisationsentwicklung an Hochschulen bereits Einzug gehalten haben, und reflektieren die Chancen und Herausforderungen für das Feld der hochschulischen Evaluation und Qualitätsentwicklung.

Anschließend hieran werden in 14 empirischen und praxisorientierten Beiträgen ko-kreativ angelegte Evaluations- und Entwicklungsprojekte, ko-kreative Elemente in der Qualitäts- und Studiengangsentwicklung sowie ko-kreative Ansätze in

der Lehrveranstaltungsevaluation skizziert und diskutiert. Hierbei stellen unter anderem Dr. Sascha Kopczynski und Prof. Dr. Malte Schophaus das im Fachbereich Allgemeine Verwaltung/Rentenversicherung an der HSPV NRW durchgeführte Entwicklungs- und Evaluationsprojekt zur Implementierung von Online-Lehre in den HSPV-Verwaltungsstudiengängen als Beispiel für ein ko-kreatives und dialogisches Vorgehen im Gegenstandsbereich von Studium und Lehre vor. Im Fokus der Fallanalyse stehen die Beteiligungen von Statusgruppen, Organisations- und Funktionsebenen als hochschulische Akteurinnen und Akteure im Zusammenwirken mit Kontextfaktoren, methodische Abwägungen und Entwicklungsphasen im Projektverlauf. Unter Bezugnahme auf vorliegende Theorien zur Evaluation und zur transdisziplinären Kooperation reflektieren die Autorinnen und Autoren die organisationalen Erfahrungen aus und mit dem Projekt und machen deren Erkenntniswert für weitere Anwendungsbereiche deutlich.

Der Sammelband ist im Rahmen des durch die Stiftung Innovation in der Hochschullehre (StIL) geförderten Projekts ProVELS („Professionalisierte Vernetzung in der Evaluation zur Verbesserung von Lehr- und Studienqualität“) entstanden und Ende 2025 im Waxmann-Verlag als Open-Access-Publikation erschienen.

Dr. Sascha Kopczynski

Zentralverwaltung, Zentrum für Qualitätssicherung und Forschung

„Nicht was wir erleben, sondern wie wir empfinden, was wir erleben, macht unser Schicksal aus.“

Ralph Waldo Emerson (US-amerikanischer Philosoph und Schriftsteller)

Impressum

Herausgeber Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, HSPV NRW

Redaktion Florian Bury (V. i. S. d. P.), Thomas Rekendt, Sandra Warnecke

Fotos siehe Bildunterschriften

Satz Johann Ifflaender

Sie erreichen das Redaktionsteam unter: newsletter@hspv.nrw.de

